

# Rheinland-Pfälzischer Landtag fördert mit Zustimmung der CDU die Abtreibungsklinik der PRO FAMILIA

Nachricht aus der Email eines engagierten Katholiken (Namen anonymisiert)

**In Rheinland-Pfalz tritt die Landesregierung durch sie tragenden Fraktionen und mit Zustimmung der CDU vorsätzlich für die Tötung des „Ungeborenen Lebens“ durch die Förderung einer Abtreibungsklinik der Pro Familia ein.**

→ Nur die AfD hat sich entschieden dagegen verwahrt. Dafür wird sie politisch in unserem Land für ihr Eintreten für die christlichen Grundwerte diffamiert, ausgegrenzt und in die „Rechte Ecke“ gestellt.

**Von:** F.. A.. [...]

**Gesendet:** Montag, 21. August 2017 09:48

**An:** h...k.. @web.de

**Betreff:** Fwd: Steuerfinanzierung der Mainzer ProFa-Abtreibungsklinik

Sehr geehrter Herr K...,  
ich möchte Ihnen gerne diese Nachricht von Herrn Frisch, Vorsitzender der AfD Trier und Mitglied des Mainzer Landtages, zukommen lassen. Alle Parteien außer der AfD, die bspw. leider von vielen Bischöfen (wie dem Kardinal Marx) absolut ins negative Licht gerückt wird, tun nichts gegen den Mord an Kindern - ganz im Gegenteil.

Mit freundlichen Grüßen

A...P...

Von: Michael Frisch <[mifrisch@web.de](mailto:mifrisch@web.de)>

An: ... <...>

Verschied: Sa, 19. Aug 2017 15:57

Betreff: Steuerfinanzierung der Mainzer ProFa-Abtreibungsklinik

LANDTAG  
RHEINLAND-PFALZ



Liebe Pro-Life-Freunde,

Sie werden sich wahrscheinlich noch daran erinnern, dass ich Sie vor einigen Monaten über die im Rahmen der Haushaltsberatungen im rheinland-pfälzischen Landtag gewährte Förderung der Pro-Familia-Abtreibungsklinik in Mainz informiert habe. Mit den Stimmen aller Fraktionen außer der AfD wurde eine Finanzierung dieser Klinik, die ausschließlich der Tötung ungeborener Kinder dient, für 2017 und 2018 beschlossen (77.000 Euro pro Jahr). Auch die CDU hat - trotz der für eine Oppositionsfraktion üblichen Ablehnung des Gesamthaushalts - dieser Maßnahme ausdrücklich zugestimmt, indem sie den Streichungsantrag der AfD einstimmig abgelehnt hat.

Wie angekündigt erwägt meine Fraktion, gegen diesen Landtagsbeschluss und die Förderung der Klinik den Klageweg zu beschreiten. Als ersten Schritt in diesen Richtung haben wir jetzt den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags beauftragt, die Erfolgsaussichten einer Verfassungsklage vor dem Landesverfassungsgerichtshof zu prüfen. Damit erhalten wir eine juristische Expertise über die nach unserer Ansicht fehlende Konformität der beschlossenen Maßnahme mit Landesverfassung und Grundgesetz. Zudem erhöhen wir so den politischen Druck auf die Landesregierung und diejenigen Parteien, die mit ihrer Stimme die direkte Finanzierung dieser Tötungseinrichtung erst ermöglicht haben.

Ich werde Sie über den Fortgang des Verfahrens auf dem Laufenden halten und würde mich freuen, wenn Sie die klare Pro-Life-Position meiner Partei bei den bevorstehenden Bundestagswahlen bei Ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen würden. Die CDU hat zwanzig Jahre lang versprochen, den Schutz des Lebens zu verbessern, getan hat sie nichts - im Gegenteil, wie nicht nur der hier angesprochene Vorgang zeigt. Im Bundestagswahlprogramm der Union kommen die Themen "Abtreibung" und Lebensschutz nicht einmal mehr vor! Stattdessen hat Frau Merkel den Weg für die Homo-Ehe frei gemacht und tritt auch in anderen gesellschaftspolitischen Fragen wie Gender und Familie konservative Werte mit Füßen. Für konservative Wähler kann es daher nach meiner Auffassung nur noch eine Alternative geben.

Herzliche Grüße

MdL Michael Frisch

P.S. Sie dürfen diese Mail gerne weiterleiten!